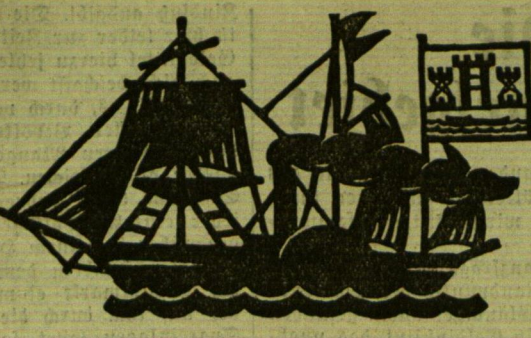


Vors. Centr. Anz.

Einzelnummer 30 Cent

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen. Monatlicher Bezugspreis: Für Abholer 4.50 Litae, mit Zustellung 5.— Litae. Bei den Postämtern: In Memelgebiet und in Litauen 5.30 Litae monatlich, 15.30 Litae vierteljährlich. In Deutschland 2.14 Mark, mit Zustellung 2.50 Mark monatlich. Für durch Streifen, nicht gefaltete Feiertage, Verbote usw. ausgefallene Nummern kann eine Kürzung des Bezugsgebühres nicht eintreten. Für Aufbewahrung und Rücksendung unbenutzter eingekaufener Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen. Sprechstunden der Schriftleitung: vormittags 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend. Die Geschäftsstelle ist geöffnet: an Wochentagen von 1/8 Uhr morgens bis 1/2 Uhr abends. Fernsprechnummern 26 und 28 (Geschäftsstelle und Schriftleitung), Nr. 480 (Geschäftsstelle und Druckereifontor). Drahtanschrift: Dampfsbootverlag.



Anzeigen kosten für den Raum der mm-Spalte im Memelgebiet und in Litauen 18 Cent, in Deutschland 9 Pfennig; in Memelgebiet und in Litauen 1.10 Litae, in Deutschland 55 Pfennig. Bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden. Gewähr Rabatt kann im Konkursfalle, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann zurückgezogen werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Gerichtsstand u. Erfüllungsort ist Memel. Anzeigenannahme: für kleine Anzeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, für alle Geschäftsanzeigen mindestens 24 Stunden früher. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Anzeigenannahme durch Fernsprecher ohne Gewähr für die Richtigkeit. Belegnummern kosten 30 Cent.

Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebiets und des übrigen Litauen

Nummer 246

Memel, Donnerstag, den 19. Oktober 1933

85. Jahrgang

Zwei Interviews mit Reichsminister Dr. Goebbels

„Glauben Sie an einen neuen Krieg?“

„Nein! Es gibt keine Frage in Mitteleuropa, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde!“

Wenn auch der Polen-Korridor keine ständige Einrichtung bleiben darf

wtb. London, 18. Oktober.

Der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat dem Korrespondenten der „Daily Mail“ in Berlin, Ward Price, einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz beantwortet. Auf die Frage, ob Goebbels eine Antwort darauf geben könne, ob Deutschland bereits mit der Aufrüstung beginne, sagte der Propagandaminister:

Nein! Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen.

Es erhebt aber die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Versprechungen in derselben Weise erfüllen.

Auf die Frage, wie die Äußerungen, die Hitler in seiner Rundfunkrede im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen getan habe, mit dem in dem Buche „Mein Kampf“ und sonstwo ausgedrückten Gefühl gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Goebbels geantwortet, daß das Freundschaftsangebot, das Hitler an Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionsfähigkeit der nationalsozialistischen Partei sei. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen. Wenn Deutschland die Saar zurückergänze, werde es keine gebietsmäßigen Klagegründe gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutrefte, habe der Propagandaminister erwidert:

Deutschland könne den Korridor sicher nicht als ständige Einrichtung betrachten, aber es sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mitteleuropa gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde.

Deutschland wüßte den Korridor zurückzuhalten, aber es sei überzeugt, daß dies Sache von Verhandlungen sei. Das möge zum Teil unumgänglich erscheinen, aber manche scheinbaren Unmöglichkeit seien in Europa der letzten Jahre verwirklicht worden. Der Aufstieg der N.S.D.A.P. zur Macht sei eine davon.

Warum Volksentscheid?

wtb. Berlin, 18. Oktober.

Reichsminister Dr. Goebbels gab gestern dem Berichterstatter des Scherl-Verlages, Wolf Brandt, ein Interview, das für die Ufa-Tonwoche gefilmt worden ist.

Die erste Frage lautete: „Können Sie, Herr Reichsminister, noch etwas über die Gründe sagen, die Deutschland zu dem Austritt aus dem Völkerbund und die Abrüstungskonferenz veranlaßt haben?“

Reichsminister Dr. Goebbels antwortete darauf: „Deutschland hat die Teilnahme an internationalen Konferenzen, besonders an der Abrüstungskonferenz und am Völkerbund, von vornherein von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. Die wichtigste dieser Bedingungen folgte: Wir fordern gleiche Berechtigung und wir weigern uns, von vornherein uns mit dem Makel der Ehrlosigkeit befallen zu lassen. Da uns weder im Völkerbund noch auf der Abrüstungskonferenz diese gleiche Berechtigung zugestanden worden ist, mußten wir sowohl den Völkerbund wie auch die Abrüstungskonferenz aus Gründen der Ehre verlassen.“

Die zweite Frage: „Warum wird aus diesem Anlaß eine neue Volksbefragung gemacht, obwohl jeder Mensch weiß, daß das deutsche Volk geschlossen hinter der nationalsozialistischen Bewegung steht?“

Antwort: „Freilich, in Deutschland weiß das jedermann. Aber das Ausland bezweifelt das.“

Die Volksbefragung hat vor allem den Zweck, dem Ausland zu zeigen, daß nicht nur in dieser Frage, sondern in allen großen inneren und äußeren Fragen das deutsche Volk geschlossen und einheitlich hinter Adolf Hitler und seiner Regierung steht.

Dritte Frage: „Glauben Sie, Herr Reichsminister, daß ernste Verwicklungen sich vorbereiten könnten, wie es gewissenlose Emigranten dem Auslande einzureden versuchen?“

Antwort: „Keineswegs! Die deutsche Regierung hat im Namen des deutschen Volkes durch den

Mund des Kanzlers der Welt den Frieden und die Beruhigung angeboten. Der Kanzler hat eine große, bisher in Deutschland noch nicht erlebte Geste sogar Frankreich gegenüber gemacht. Deutschland hat betont, es will den Frieden und lehnt die Gewalt als ein Mittel, öffentlichen und europäische Fragen zu lösen, rundweg ab. Wir wollen einen Frieden der Gleichberechtigung und sind der Überzeugung, daß ein ehrbewusstes und starkes Deutschland eine bessere Garantie für den europäischen Frieden darstellt

Frankreichs Staatsmänner schüren das Feuer

Womit Daladier den Finanzierungsplan begründet und Paul Boncour eine Verschlimmerung der vorhandenen Beforgnisse zu „verhüten“ sucht

wtb. Paris, 18. Oktober.

Die französische Kammer trat gestern zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Ministerpräsident Daladier begründete die Finanzsanierungs- und Budgetausgleichsgesetzentwürfe. Die Kammer stimmte mit 470 gegen 120 Stimmen dem von ihm beantragten Verfahren der beschleunigten Durchberatung zu. In der Begründung der Gesetzentwürfe erklärte der Ministerpräsident u. a., der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verpflichte Frankreich nur noch gebieterischer, sein Budget in Ordnung zu bringen.

Daladier wandte sich gegen jede Inflation und erklärte, die in Frankreich befindlichen ausländischen Gelder würden wieder in ihre Heimat zurückfließen, wenn dort die Währungen stabilisiert würden. Frankreich könne der im solchen Falle entstehenden Spekulationsgefahr nur mit einem ausgeglichenen festen Budget begegnen.

Während die Minister unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik über die Finanzfragen und die innen- und außenpolitische Lage berieten, gab die „Gazette“ Agentur eine Mitteilung aus, wonach Ministerpräsident Daladier sich mit den Interpellanten über die auswärtige Politik, namentlich die Ereignisse in Deutschland, dahin geeinigt habe, daß die Diskussion dieser Interpellationen am 27. Oktober stattfinden würde.

24,5 Milliarden Francs für Frankreichs Arbeitsbeschaffungsprogramm

Der gestern von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung des Landes gibt die großen Arbeiten an, die auf Grund der früheren Regierungsprogramme noch auszuführen sind. Er enthält außerdem einen Plan zur vorzunehmenden Arbeiten. Der Gesamtbetrag für die in den Jahren 1934 bis 1937 auszuführenden Arbeiten ist mit 24,5 Milliarden Francs veranschlagt, wovon 13,7 Milliarden als völlig

„Frankreichs Freundschaften stehen fester denn je“

Der französische Außenminister Paul Boncour hat gestern im Ministerrat wie auch im Senat gesprochen. Die Sitzung des Ministerrats war fast vollständig von dem Export des Außenministers über die internationale Lage, insbesondere über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz, angefüllt. Im Senat wies Paul Boncour darauf hin, daß er sich mit dem Senat über das Datum einer außenpolitischen Diskussion noch verständigen werde. Das einzige Wort, das er, Paul Boncour, heute aussprechen könne, ohne Gefahr zu laufen, die vorhandenen Beforgnisse im Senat zu verschlimmern, sei das, daß Frankreichs Freundschaften fester stünden denn je.

Sir Simon verteidigt sich . . .

Der englische Außenminister hofft auf einen Meinungsaustausch mit den anderen Mächten einschließlic — Deutschlands

wtb. London, 18. Oktober.

Der britische Staatssekretär des Neußern, Sir John Simon, hat gestern einen Rundfunkvortrag über die Abrüstungskonferenz gehalten, in dem er u. a. ausführte: Großbritanniens künftiger Aktionskurs sei eine Frage, die das Kabinett als Ganzes werde erwägen müssen und die die eingehendste Prüfung erfordere. Dies komme einem Meinungsaustausch mit den anderen Mächten einschließlic — so hoffe er — der Regierung Deutschlands selbstbedeutend. Simon nannte die Tatsache, daß Deutschland sich wegen seiner — Simons — Erklärung am Sonnabend von der Konferenz zurückgezogen hat, eine sehr absurde Behauptung. Der englische Außenminister bestritt ferner die Stichhaltigkeit der deutschen Behauptung, daß das Londoner Kabinett die Regierung Roosevelt über den Standpunkt Deutschlands in der Abrüstungsfrage falsch informiert habe.

„Das Ziel der britischen Politik ist nicht,“ so erklärte Simon zum Schluß, „ärgerliche Gefühle zu entfachen, wir haben versucht und werden versuchen, das Zusammenarbeiten zwischen allen Nationen, die guten Willens sind, zu fördern. Ich drücke die Ansicht der britischen Regierung als Ganzes aus, wenn ich erkläre, daß in der Zukunft nichts ungetan gelassen wird, um die

Grundlage einer ehrlichen und ehrenhaften Sache zu suchen, auf der die Hoffnungen der Menschheit auf den künftigen Frieden der Welt in so großem Maße begründet sind.“

In Berliner politischen Kreisen wird zu der Rundfunkrede Simons bemerkt: Wenn John Simon behauptet, seine Genfer Rede von Sonnabend sei nicht der Anlaß für das Vorgehen Deutschlands gewesen, dann ist richtig zu stellen, daß sowohl der Reichsminister des Auswärtigen v. Neurath wie Vorkämpfer Adolf Hitler schon vorher ihm diese seine am Sonnabend entwickelten Thesen als für Deutschland unannehmbar bezeichnet hatten, er also wissen mußte, daß sie für die Reichsregierung nicht tragbar waren. Ferner ist die Interpretation, die Freiherr v. Neurath von der Genfer Rede Sir John Simons gegeben hat, von diesem nicht bestritten oder widerlegt worden.

Wenn schließlich der englische Außenminister die deutsche Beschuldigung, London habe Washington über den deutschen Standpunkt falsch unterrichtet, zurückzuweisen versucht, so ist dieser Zurückweisung gegenüber auf folgendes hinzuweisen: Nach der Orientierung Washingtons durch London ist aus Washington die überraschende Nachricht verbreitet worden, die Vereinigten Staaten seien die

als ein geschwächtes Deutschland, an dem jeder Gegner sich schablos halten kann.“

Die letzte Frage lautete: „Wie beurteilen Sie, Herr Reichsminister, die proportionalen Aussichten der Regierung bei der Abstimmung?“

Reichsminister Dr. Goebbels: „Es kann hier weder von Aussichten der Regierung noch von Aussichten irgendeiner Partei die Rede sein. Ich bin der Überzeugung, daß es in der Frage der gleichen Berechtigung, in der Frage des Friedens und in der Frage der nationalen Ehre des deutschen Volkes in Deutschland überhaupt nur eine einheitliche Meinung geben kann, und ich bin weiterhin der Überzeugung, daß die ganze Nation sich mit verschwindenden Ausnahmen in dieser Frage hinter die Regierung stellen wird. Ich glaube, daß der 12. November der Welt ein sichtbares Zeichen für die Tatsache sein wird, daß das Volk, die nationalsozialistische Bewegung und die Führung in Deutschland eins und dasselbe sind und eins und dasselbe wollen.“

Garanten der Verfallener Abrüstungsbestimmungen, deshalb würden sie auch deren Einhaltung gegebenenfalls erzwingen. Wenn aber heute von Washington klar von dieser Stellungnahme abgerückt wird, so beweist dies wohl, daß Washington seinerzeit unrichtige Nachrichten über die deutsche Haltung aus London erhalten hat.

Lloyd George: „Gauerei und Verräterei!“

wtb. London, 18. Oktober.

Die Presse zeigt wenig Neigung, sich mit dem Streitfall zu befassen, ob Sir John Simons Erklärung die Anschuldigung des deutschen Staatsmannes erfolgreich widerlegt hat. „Daily Mail“ schreibt: Jeder Zuhörer erwartete, daß Sir John Simon erklären werde, warum die vierjährige Probezeit auf acht Jahre erweitert worden ist. Aber hierüber äußerte er sich nicht. Das war die einzige, sehr bemerkenswerte Lücke in seiner Erklärung. — „Daily Telegraph“ würdigt die Bedeutung der friedlichen Redebewegungen der deutschen Staatsmänner. — „News Chronicle“ veröffentlicht eine Zusammenfassung der Erklärung des Freiherrn v. Neurath und sagt, Deutschland wäre bereit, beträchtlichere Zugeständnisse zu machen, als man geglaubt habe. In einem langen Aufsatz im „News Chronicle“ meckert Lloyd George gegen die „Gauerei und Verräterei“ der vormaligen Minister in der Abrüstungsfrage. — „Daily Herald“ schreibt: Während das Kabinett heute die Abrüstungsfrage erörtern wird, ist ein Plan in Vorbereitung, der auf ein umfangreiches Anstücken Englands zu Lande, zu Wasser und in der Luft abzielt.

Die zwei Gesichter der „Times“

wtb. London, 18. Oktober.

In einem Leitartikel erneuert „Times“ ihre Forderung nach Veröffentlichung einer gedrängten Darstellung dessen, was Deutschland in Genf geboten wurde. Zu den deutschen Argumenten, die von Reichskanzler Hitler und von Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath vorgebracht wurden, bemerkt das Blatt: Vieles daran sei unlegbar wahr, und für einige der Beschwerden bestehe volles Verständnis. Richtigste Gleichheit sei eine Vorbedingung des europäischen Friedens und sei auch versprochen worden. Weder die britische noch eine andere Regierung habe ihr Versprechen zurückgezogen. Es sei lediglich erklärt worden, daß der Zeitpunkt der Durchführung der Gleichheit aufgeschoben werden sollte. Das Blatt erkennt selbst, daß man der Meinung sein könne, die britische Regierung hätte an ihrer ursprünglichen Absicht festhalten sollen. Offenbar habe die Einschaltung einer Probezeit Freiherrn v. Neurath besonders verbittert. Doch sei ihre Zeitdauer ja noch erörtert worden.

Nach diesen, die Absicht des Verstehenwollens betrendenden Ausführungen verfallt „Times“ aber wieder in einen äberst unfreundlichen Ton. Sie überfließt geflissentlich die eintündigen Friedenserkllrungen des Kanzlers, indem sie dem neuen Deutschland zum Vorwurf macht, daß es seine Jugend für den Krieg ausbilde.“ Auch äußert das Blatt den Verdacht, daß der Grund für Deutschlands Genfer Schritt in der Abneigung zu suchen sei, den Stand der deutschen Rüstungen untersuchen zu lassen.

Gangster bekämpfen das neue Deutschland

anb. Newark (New-Jersey), 18. Oktober. Eine vom „Bund der Freunde des neuen Deutschlands“ abgehaltene Versammlung wurde durch Werfen von Steinen und Stinkbomben gestört. Die Versammlungsteilnehmer wurden von ortsanässigen „Gangsters“ angegriffen und dabei 12 Personen verletzt.

